

## Aus dem Großen Räte.

Zur außerordentlichen Sitzung vom gestrigen Donnerstag, den 6. Juli lagen zunächst wieder 5 Interpellationen vor. Die Mahnung des Präsidenten wieder einmal zu einem „Arbeitsstag“ vor den Ferien zusammenzutreten, hatte wenig Erfolg. Der Kassier des Stadttheaters soll Unterschlagungen begangen haben (man sprach von einer größeren Summe), das gab Grund zur ersten Anfrage. Regierungserklärung ging dahin, daß Unregelmäßigkeiten vorgekommen seien und daß starker Verdacht einer Unterschlagung bestehe, aber ob dies wirklich zutrefte, müsse die eingeleitete Untersuchung erst noch feststellen. — Eine zweite Anfrage wollte erfahren, welche Maßnahmen der Regierungsrat vorzuziehen gedente, um eine Sanierung des Theaterbetriebes zu veranlassen. Eine entsprechende Prüfung wurde nicht abgelehnt. — Als Gegenruck gegen die Theaterinterpellation wurde von dritter Seite über die näheren Umstände der Unterschleife bei der Abtätigkeit beider Basel, und über die daherige Verantwortung angefragt. Die Regierung erklärte, daß der weiter zurückliegende Fall durch das Gericht erledigt worden sei, der Fehlbare habe seine Strafe erhalten. In dieser Sache, wie beim Theater, seien die Unregelmäßigkeiten trotz Prüfungen durch die Revisoren vorgekommen und durch die eigenen Organe aufgedeckt worden. — Die vierte Interpellation beschäftigte sich mit dem Zustand der Straße Basel-Riehen, der immer wieder Anlaß zu Unglücksfällen gebe. Verbesserungen wurden vom Vorsteher des Baudepartementes zugesagt. — Endlich gab auch der Unterschleif des Kassiers des kantonalen Arbeitsamtes Anlaß zu einer Anfrage. Aus der Regierungsantwort war zu entnehmen, daß auch hier die Untersuchung noch im Gange ist.

Neubürgeraufnahmen (54 ins Stadtbürgerrecht und 5 ins Bürgerrecht von Riehen) wurden stillschweigend bestätigt. Von den 29 Deutschen stammen 22 aus unserm Nachbarland Baden. — Viel zu reden gab die Initiative der Bürgerpartei, die verlangte, daß das Schulgebet im Schulgesetz verankert werden soll. Alle Parteien gaben ihre Erklärungen ab und auch der Mehrheits- wie Minderheitsstandpunkt des Regierungsrates wurde vertreten, wobei die Regierung die Erklärung abgab, die Initiative sich überweisen zu lassen. Die Linksparteien beantragten Unerheblichkeitserklärung. In namentlicher Abstimmung wurde mit 59 bürgerlichen gegen 50 Linksstimmen die Initiative

überwiesen und die Regierung versprach, bald eine Gesetzesregelung in der Schulgebetsfrage vorzulegen. — Vom Areal der alten Gasfabrik ist ein Abschnitt von 4804,5 m<sup>2</sup> an die benachbarte chemische Fabrik verkauft worden zum Preise von Fr. 252,180.—. — Zur Weiterführung der Arbeiten am Sportplatz in St. Jakob ist ein weiterer Kredit von Fr. 165,000.— bewilligt worden. — Die Gemeinde Bettingen hatte durch ein Postulat ihres Vertreters ersucht, ihr die jährliche Extrabeitragsleistung für die Wasserversorgung von Fr. 400.— zu erlassen. Stillschweigend stimmte der Rat zu und Herr Krebs dankte namens seiner Gemeinde für das Geschenk. — Da die Schulgebetsinitiative, und namentlich die Interpellationsbeantwortungen sehr viel Zeit in Anspruch nahmen, so muß am nächsten Donnerstag noch eine Sitzung vor den Ferien stattfinden.